

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Donnerstag und Freitag mit Ausnahme der Feiertage. Der Preis beträgt bei jeder Bestellung ein Mark und vier Pfennig. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 12 Mark, von 20 Exemplaren 22 Mark, von 50 Exemplaren 48 Mark, von 100 Exemplaren 90 Mark, von 200 Exemplaren 170 Mark, von 500 Exemplaren 380 Mark, von 1000 Exemplaren 700 Mark. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren und darüber wird der Preis nach Vereinbarung festgesetzt. Die Expedition ist für den Inhalt der Zeitung nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für den Inhalt der Zeitung nicht verantwortlich. Die Expedition ist für den Inhalt der Zeitung nicht verantwortlich.

Die Redaktion ist für den Inhalt der Zeitung nicht verantwortlich. Die Expedition ist für den Inhalt der Zeitung nicht verantwortlich. Die Expedition ist für den Inhalt der Zeitung nicht verantwortlich.

Redaktion und Expedition: Berlin W 20, G. Schillingstraße 13-15, Fernsprecher: Hans Nothmann 2505 und 2506.

Druckerei: Berlin W 20, G. Schillingstraße 13-15, Fernsprecher: Hans Nothmann 2505 und 2506.

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Generalstreik in Italien.

### Aufruf zum Generalstreik.

Mailand, 3. Dezember.

„Perseveranza“ meldet, daß der Arbeiterbund und die sozialistische Partei die Androhung des Allgemeinen Streikes in ganz Italien auch für die Ecker beschlossen haben.

### Unruhen in Mailand.

Mailand, 3. Dezember.

Der gestrige Tag war angefüllt von Tumulten und Zusammenstößen zwischen der Menge und der bewaffneten Macht. Es gab drei Tote und eine Anzahl von Verletzten. Die Kundgebung nahm ihren Ausgang vom Domplatz, der von einer großen Menschenmenge besetzt war, und fand unter der Leitung des Abgeordneten Rossi. In der Gasse Victor Emmanuel traf der Zug auf die Polizei, welche Einfassung der Kundgebung und die Auflösung des Zuges verlangte. Da die Menge sich weigerte, auseinanderzugehen, eröffneten die Carabinieri das Feuer auf die Menge, die es mit Heeresgewehren erwiderte. Der erste Tote war ein Carabinieri. Es gab über 20 Verletzte. „Avanti“ beschuldigt die Polizei, die Menge herausgelockert zu haben, und sagt, daß bei den ersten Zusammenstößen Offiziere mit Revolvern auf die Menge geschossen hätten. Der Kundstabsbescheid in der vergangenen Nacht wurde von den Arbeitervertretern gutgeheißen.

### Generalstreik in Rom.

Rom, 3. Dezember. (Stefani.)

Wegen des Streiks der Ecker erschienen die Zeitungen mit Ausnahme des „Popolo Romano“ und des „Officiale Romano“ nicht. Die öffentlichen Verkehrsunternehmen arbeiten trotz des Generalstreiks wie gewöhnlich. Auf der Piazza Termini, wo sich Manifestationen angesammelt hatten, wurde auf die Carabinieri geschossen. Diese erwiderten das Feuer. Es gab einen Toten und sechs Verwundete.

## Ein Tropfen auf den heißen Stein!

W. T. W. teilt mit: Der Oberbefehlshaber in den Marken hat die Freilassung der in Berlin nach in Haft befindlichen wenigen Schusswaffen verfügt.

Die Bekannmachung sagt, daß nur die wenigen in Berlin befindlichen offiziellen „Schusswaffen“ freigelassen werden. Außer diesen aber sind eine große Anzahl anderer Verlären, zum Teil Ausländer, hier eingekerkert, ohne daß gegen sie ein Schusswaffenbesitz erlangt ist, und ohne daß etwa ein Gerichtsverfahren gegen sie anhängig gemacht ist. Diese werden also rechtlos und willkürlich auch weiterhin ihrer Freiheit beraubt.

Und weiter schreien im ganzen Deutschen Reich solche andere Schusswaffenbesitzer und viele andere willkürlich verhaftete Personen hinter Gittern. Auch sie sollen also weiterhin in Haft bleiben. Was soll jener Erlass? Soll er die Machtvolle eines Herrnmenschen vernünftigen, der je nach Lage über Menschen verfügt? Keine so lächerliche Freilassung einiger weniger jener Unglücklichen fordern wir, sondern die entgeltliche, allgemeine Beilegung jenes gesetzlichen, runden Schusswaffenbesitzes, die allgemeine Aufhebung des verfassungswidrigen Verlagerungsstandes. Wie wollen sein Spiel mit dem Gesetz, sondern wir verlangen Achtung vor Verfassung und Gesetz!

## Nadel zum Friedensunterhändler mit Ostland ernannt.

Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, hat die Moskauer Sowjetregierung Karl Nadel zum Mitglied der Delegation ernannt, die in den nächsten Tagen die Friedensunterhandlungen mit der estnischen Regierung beginnen soll. Die estnische Regierung hat bereits ihre Einwilligung zur Einreise Nadels erteilt. Es hängt also lediglich von der deutschen Regierung ab, daß Nadel aus der Ostland im Jahr währenden Salt befreit und in die Heimat entlassen wird.

Bisher hat die Regierung sich um die Freilassung Nadels, zu der sie übrigens vertraglich verpflichtet ist, mit dem Hinweis gedürrt, daß sie keine Möglichkeit habe, Nadel nach Ostland zu schaffen. Dieser Einwand ist jetzt hinfällig geworden, nachdem die estnische Regierung die Einreise Nadels nach Ostland erteilt hat. Wir erwarten deshalb, daß die Regierung dem festsitzenden Zustand der Inhaftierung Nadels schließlich ein Ende setzt.

### Reichstagswahlen im April.

Wie die „Deutsche Wk. Ztg.“ von „unabhängiger Stelle“ mitteilt, gilt es als wahrscheinlich, daß die neuen Reichstagswahlen im April nächsten Jahres vorgenommen werden.

### Endlich!

Wolffs Worten meldet: Die mit von unabhängiger Stelle erfahren, werden die deutschen Dokumente über den Kriegsausbruch am 10. Dezember erscheinen.

## Die Entente und die deutsche Reaktion.

München, 3. Dezember.

Beim „Telegraph“ erwiderte Bonar Law im englischen Unterhaus auf die Anfrage Renouville, ob die Alliierten alles tun würden, was in ihrer Macht liegt, um die gegenwärtige deutsche Regierung gegen die monarchistische und militaristische Reaktion in Deutschland zu schützen, er wisse nicht, auf welche Weise die Alliierten in dieser Frage intervenieren sollten.

Die Anfrage Mr. Renouville geht von falschen Voraussetzungen aus. Es handelt sich keineswegs darum, die gegenwärtige deutsche Regierung vor der monarchistischen und militaristischen Reaktion zu schützen, denn diese Regierung schützt selbst die monarchistische Reaktion und den neuen Militarismus. Es handelt sich vielmehr darum, das deutsche Volk, die deutsche Demokratie vor dieser Reaktion und vor dieser Regierung zu schützen. Darüber brauchen sich aber die ehrenwerten Abgeordneten des englischen Parlaments nicht den Kopf zu zerbrechen. Das muß das arbeitende Volk Deutschlands aus eigener Kraft besorgen.

## Die englische Arbeiterpartei und der Friedensvertrag.

In dem zu Glasgow erscheinenden Arbeiterblatt „Forward“ macht Genosse Ramsay MacDonald Mitteilung von einem Gespräch, das er mit einigen Deutschen hatte, die sich als Teilnehmer an der Konferenz zur Bekämpfung der Hungernot vor kurzem in London aufhielten. „Wir wurde“, sagte MacDonald, „da etwas recht Unangenehmes erzählt. Hervorragende Führer der englischen Arbeiterbewegung hätten der deutschen Regierung den Rat gegeben, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, und hätten sich verpflichtet, daß die englische Arbeiterpartei eine Änderung des Vertrages durchsetzen werde. Von diesem Verbrechen ist offenbar viel in Deutschland gesprochen worden, da die deutsche Regierung sich natürlich die Verantwortung für die Unterzeichnung des Vertrages erleichtern wollte. Das Verbrechen ist aber offensichtlich ohne jede Einschätzung seiner Tragweite gemacht worden.“

Wir wissen nicht, wer den englischen Arbeiterführer informiert hat. Eine autoritative Verlässlichkeit aber war es sicher nicht. Wenn von den Anhängern der britischen Sozialisten in Deutschland viel gesprochen worden wäre, müßten doch gerade wir auch etwas davon erfahren haben. Das ist aber nicht der Fall. Im Gegenteil äußerten Mitglieder der englischen Arbeiterpartei, mit denen wir in jener Zeit in Verbindung kamen, mehrfach ihre Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Unterzeichnung, und wir mußten ihnen ausserordentlich hohe Achtung nicht von Rücksichten auf die Interessen der Arbeiterbewegung in England, sondern nur von solchen auf die Zukunft des deutschen Volkes bestimmen lassen können. Doch wir die Sozialisten aller Länder eine Revision des Friedensvertrages nicht nur fordern, sondern auch durchsetzen werden, braucht kaum besonders hervorzuheben zu werden.

## Das Verbot der Einwohnerwehren

Keine Umgehung des Friedensvertrages!

Dem deutschen Vertreter in Paris ist folgende Note der Alliierten und Affizierten Regierungen vom 1. Dezember zugegangen:

„Alle bis heute eingegangenen Nachrichten besagen übereinstimmend, daß die Deutsche Regierung seit einiger Zeit die Unterbrechung ihrer militärischen Dienstleistungen vorbereitet und beschleunigt.“

Weder der Reichstagsrat noch unter dem Namen „Sicherheitspolizei“ bestehende Streikkräfte geschaffen, die militärische Beweismittel und den Wert anderer militärischer Streikkräfte haben. Diese Streikkräfte werden von Seiten befreit und verwaltet, die aus militärischem Personal zusammengesetzt sind. Die Formationen haben so nach, ebenso wie dem Ministerium des Innern unterstellt sind, einen Charakter, der ihrer angeblichen Bestimmung als Polizei widerspricht. Ihre Aufstellung verstößt gegen Artikel 163 des Vertrages. Außerdem ist Deutschland unter dem Namen „Freiwillige“ und „Einwohnerwehr“ Regierungen, die Kontrollverordnungen und militärischen Maßnahmen unterworfen und mit Waffen, und Munitionslagern versehen sind. Diese Organisationen haben mit der Gesamtheit der militärischen Bestimmungen und namentlich mit Artikel 178 des Vertrages in Widerspruch.

Die Alliierten und Affizierten Regierungen machen hierauf aufmerksam, daß diese dem Geist und dem Wortlaut des Vertrages zuwiderstehenden Maßnahmen als eine Verletzung der deutschen Regierung, der Vertrag nicht auszuführen, ausgelegt werden können. Sie fordern inselbesonders die Deutsche Regierung auf, die vorbezeichneten Maßnahmen unverzüglich aufzugeben, jedenfalls aber sie, daß mit der Unterzeichnung des Vertrages die sogenannten Volkstruppen auf die im Vertrag vorgesehene Weise herabgemindert werden und eine ihrem Charakter als Volk- und Gendarmeriepolizei entsprechende Verfassung erhalten, die Stelle, die über die im Vertrag vorgesehene Zahl hinaus geschaffen sind, sowie die Bewaffnungsmittel aufzuheben werden.

Genehmigen Sie usw.“

Zu dieser Note wird von W. T. W. folgendes bemerkt: Es ist nicht zutreffend, daß die Deutsche Regierung eine Unterbrechung ihrer militärischen Dienstleistungen vorbereitet. Im Gegenteil ist die Durchführung der Dienstleistungen auf das in Artikel 163, Absatz 2 des Friedensvertrages zunächst vorgesehene Maß von 200 000 Mann, wie allgemein bekannt, in vollem Gange.

Daß die Zentralpolizeibehörden der einzelnen Länder sich im Laufe des Jahres angeht der bedrohlichen inneren Verhältnisse Deutschlands genügt gesehen haben, durch Einrichtung von „Sicherheitspolizei“, „Einwohnerwehren“ und „Freiwilligen“ besondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen. Es nicht nur ständig Vorkommen der öffentlichen Ordnung, sondern auch der Entente bereits vor Monaten offiziell mitgeteilt worden. In der von deutscher Seite angelegten Besprechung der Einzelheiten ist es höher zum Bedauern der Deutschen Regierung nicht gekommen. Die Frage, inwieweit die getroffenen Maßnahmen mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehen, was nach deutscher Auffassung nicht der Fall ist, wird ebenfalls nach Einsetzung der im Friedensvertrag vorgesehener Kontrollkommission gemäß den Vorschriften des Vertrages festzustellen sein. Es wäre nur erwünscht, wenn die Besprechungen darüber schon früher hätten.

Die Note bestätigt die von uns bereits gestern (17.) gebrachte Meldung der Forderung der Entente auf sofortige Abkündigung sämtlicher, dem Friedensvertrag widersprechender militärischer Einrichtungen und Organisationen.

Gleich wie in der Wallisunangelegenheit und in der Frage der Auslieferung der Kriegsschuldigen, so hat die deutsche Regierung es nunmehr auch in der Frage der militärischen Organisationen dahin gebracht, daß sie das, was sie nach dem Friedensvertrag verpflichtet war, worauf sie von allen Einsichtigen zu ungezählten Malen hingewiesen war, und was sie nach eigenem freien Entschlusse in freier, ehrlicher Ausführung der übernommenen Verpflichtungen hätte tun können, nunmehr unter dem Druck und auf ausdrücklichen Befehl der Entente wird tun müssen. Doch die Regierung scheint das Beschämende dieser Situation gar nicht zu spüren, zeigt doch auch jetzt noch die offizielle, von W. T. W. der Entente am 1. Dezember gemachte Mitteilung, daß sie immer noch so wie ein ungezogenes Kind „Nein“ behaupten will, und immer noch sich durch allerlei Ausflüchte den dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages entsprechenden Forderungen der Entente zu widersehen sucht. So wird es auch hier kommen, wie es bisher



überall gekommen ist. Die Entente wird mit energischen Maßnahmen, mit Wladimir u. a. drohen, sie wird von neuem infolge der Haltung der deutschen Regierung die Kriegsgesangenfrage als Druckmittel benutzen, und schließlich wird die deutsche Regierung doch in allem klein beigeben. Sie hätte es billiger, zugleich aber auch ehrlicher und anständiger haben können.

Wir haben seit Monaten diesen Augenblick kommen sehen und genug davor gewarnt. Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, daß alle die militärischen Reformationen, wie Einwohnerviehern, Sicherheitspolizeitruppen usw., den Bestimmungen des Versailler Vertrages widersprechen, um dafür mit den Bezeichnungen „Vaterlandsfeinde“ oder „Gott- und Landesverräter“ bedacht zu werden. Nichts zeigt wohl besser die völlige Wesensgleichheit der jetzigen Nachhaber mit den früheren, als daß sie mit solchen Ausdrücken den Belegten, der zur gewissenhaften Ausführung übernommener Verpflichtungen ermahnte. Denn eine unerhörte Täuschung ist es, wenn auch jetzt noch die Fiktion aufrechterhalten werden soll, daß die genannten militärischen Organisationen den Vertragsbestimmungen nicht widersprechen. Die Einwohnerviehern halten regelmäßige militärische

Übungen mit Schießschießen, Handgranatenwerfen und dergleichen ab; ihre Mitglieder verwahren in ihren Wohnungen Gewehre und Handgranaten von unbekannter Menge; die sogenannten Sicherheitspolizeitruppen werden geleitet von aktiven Offizieren, sie sind ausgerüstet mit schweren Minenwerfern, mit Flammenwerfern und dergleichen (gegen Verbräher!!), ihr Dienst ist ein rein militärischer. Angesichts dieser allgemein bekannten Tatsachen gehört eine wahre Eifensternigkeit dazu, zu behaupten, daß jene Maßnahmen dem Friedensvertrag nicht widersprechen.

Wäge nun endlich die Regierung mit ihrem lächerlichen nur unter dem Druck und aus der Angst von rechts geborenen Einwendungen und Veteuerungen endlich aufhören. Unsere armen Kriegsgesangenen sind es wieder, die unter dieser Unaufrichtigkeit, unter diesen neuen Verzögerungen zu leiden haben werden. Täuschung und Lüge haben uns in das gegenwärtige Elend hineingebacht. Nur Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit können uns wieder herausbringen. Der Mut zur Ehrlichkeit scheint aber allen jenen zu mangeln, die die Förderung des neubündischen Militarismus mit der Erfüllung — oder richtiger Nichterfüllung — des Friedensvertrages in Einklang zu bringen suchen.

Besonders die Diktatur ist so eine Art Wundenbekenntnis (Wohl) über sich auf Marx zu beziehen, ist ganz unerhört. (Wohl) (Widerpruch) Der Begriff Diktatur des Proletariats hat im Marx den Sinn, daß das Proletariat als Klasse der Bourgeoisie gegenübertritt, nicht als einzelne Gruppe. Man darf nicht gegen den Gedanken des Parlamentarismus ankämpfen, auch das Reichs-Parlament ist ein Parlament, wenn auch zu anderen Zwecken. Durch Dekrete schafft man nichts. Glaubt man, daß man diese Zeitpunkt im revolutionären Kampf nicht entscheiden können? (Wohl) Viel wichtiger als der Kampf nach rechts ist der Kampf nach links, denn von dort droht die Gefahr (Widerpruch).

Schwanninger-Kannheim: Es lag nicht allein an der mangelnden Schulung der Arbeiter, daß 1914 und 1918 die Niederlage eintraten. Die Führer haben nicht alles getan, was nötig war im Interesse des Proletariats. Wir sind uns klar geworden, daß durch unser Nachgeben das deutsche Proletariat noch mehr in das Elend hineingeworfen ist, als früher. Es ist höchste Zeit, an die Schaffung der wirtschaftlichen und politischen Rückorganisationen heranzutreten. Es wird wohl kaum ein Arbeiter im Saale sein, der die Einigung nicht wünscht. Aber ich laufe die Verhandlungen Segers nicht begreifen, der den Kampf nach links will. (Sehr richtig) Die Parateilung hätte schon lange die Fühlung nach links aufnehmen müssen. Sind denn hier keine Einigungsmöglichkeiten gegeben? Wir müssen dazu kommen. Wir wollen den Parlamentarismus weder überschätzen noch unterschätzen. (Wohl)

Dörmann: Wir sind zusammengekommen, um einzuwirken, was das revolutionäre Proletariat von uns verlangt. (Sehr richtig) Daß über die Diktatur des Proletariats heute noch Unklarheit herrscht, kann ich nicht verstehen. Er wendet sich scharf gegen Segers unter lebhaftem Beifall des Parteisaales. Wir stellen uns doch die Diktatur des Proletariats nicht als die Diktatur der Minderheit vor. Redner erinnert an die Moskajende im Khan-Gravh, an die Verfolgung der Teilnehmer am mittel-europäischen Generalstreik acht Monate nach der Bewegung. Entgegen dem ausdrücklichen Versprechen von Scheidemann, daß keine gerichtliche Verfolgung stattfinden soll. Und da spricht man von Einigung. Die Arbeiter in Mitteldeutschland stehen erfolglos hinter uns, dem linken Flügel der U.S.P. In den Ausführungen des Genossen Adler hat mich gestört, daß es den ökonomischen Genossen gelungen ist, die Volkswehr zu schaffen zum Schutze der Republik. Die Rotgarde ist eine Kommando des Kapitalismus. Das zeigt uns die Minderheit der Bewegung. Unsere Antwort an Kasse ist: Es ist die beiläufige Aufgabe des Sozialismus, den rücksichtslosen Klassenkampf zu führen und die Diktatur des Proletariats zu vertreten. (Wohl)

Dörmann-Frankfurt a. M. gibt seiner Freude Ausdruck über die volle Uebereinstimmung sowohl mit dem Minister Erbsiens als auch mit den Ausführungen Dörmanns. Das Aktionsprogramm wünscht er einer Redaktionskommission zur besseren Vereinfachung zu übergeben. Genosse Dörmann hat recht, dort Reformismus, hier revolutionärer Sozialismus, das ist der Kern, um den sich alles dreht. Die Diktatur des Proletariats ist nichts Neues, sie ist durch das kommunistische Manifest Gemeingut der Sozialisten geworden. Anders als Rätesystem, das die praktische Verwirklichung der Diktatur des Proletariats bedeutet. Genosse Dörmann weist auf die früheren Streikführer innerhalb der Partei hin, um zu betonen, daß der revolutionäre Sozialismus auch keine Sache von heute ist. (Sehr richtig) Der falschen Auslegung des Rätesystems macht das jetzige Aktionsprogramm ein Ende. Wenn mit der Diktatur des Proletariats, die durch die Räte ausgedrückt wird, die Uebergangsperiode beendet ist, dann müssen andere Wege gefunden werden. Weder die Räte, noch die Partei, noch die Gewerkschaften sind ein Ziel, sie alle sind Wege zu einem Ziel. (Debatte Beifall) Was wir auf dem Gebiet der Räte erreichen wollen, müssen wir durch Kampf erringen. (Sehr richtig) Die Diktatur muß ausgebaut werden von denen, die auf dem revolutionären Kampfesfeld stehen. Ratsmäßig haben die Rechtssozialisten es fertig gebracht, die Arbeiterräte zu strengen und sie zu diskreditieren. Ueber Mehrheit oder Minderheit zu streiten, ist lächerlich. Nein, sind wir der Uebergangzeit, daß es soweit ist, dann bereit. (Stärker Beifall) Dörmann schließt mit einer energiegelassen Aufforderung an alle, auf dem Boden des neuen Aktionsprogramms den Kampf zu führen, und erntet den lebhaftesten Beifall des Parteisaales.

Gisel-Berlin beantragt einen Antrag auf entschädigungslose Entlassung des Besibes. Er hält es für notwendig, anger an die Massen heranzutreten und sie zu führen zum Gesamtkampf. Zwei Probleme gilt es vor allem zu lösen: Kommen wir zur Macht, wenn übertragen die Verwaltung? (Beifall)

Berg-Wilhelmshaven sieht das Problem darin, wie die Räte gehalten werden soll. Notwendig ist, daß praktisches Wissen in das Proletariat hineingetragen wird. Der nötige Ueberblick fehlt. Ich fordere deshalb, in das Aktionsprogramm die Forderung aufzunehmen nach einer Weiterbildung der Ermachteten. Wir verlangen auch das Ausschreibungsmaterial in vereinfachter Form, um den Massen die Aufnahme zu erleichtern.

Frieling-Altona erklärt sich mit der Einsetzung einer Redaktionskommission einverstanden, ebenso mit der Schaffung einer Programmkommission. Man sollte sich im Aktionsprogramm nicht nur lediglich auf die Betriebsräte beschränken, sondern auf das Rätesystem im allgemeinen. Redner verteidigt die Zusammensetzung des Reichsarbeiterrates und stellt fest, daß man hier in der Berufung einzelner Mitglieder durch den Reichsausschuss die alten monarchistischen Tendenzen wieder aufgenommen hat. Zur Einigung erklärt der Redner, daß sie nur auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes erfolgen kann. Der Berliner „Freiheit“ wirt der Redner vor, daß sie nicht genügend die Interessen des Rätesystems und der revolutionären Tendenzen wahrnehme.

Cesar-Geb. Berlin ist ebenfalls mit der Einsetzung einer Redaktionskommission für das Aktionsprogramm einverstanden und wünscht die sofortige Zusammenkunft derselben. Mit der Eroberung der politischen Macht und der Durchführung des Rätesystems ist auch verbunden die Einigung des Proletariats. Wie soll sonst die politische Macht gegen das Bürgertum erobert werden, und wie soll sie sich auf die Dauer behaupten ohne die Mehrheit der proletarischen und besitzlosen Klassen? Sie müßte sich halten als Diktatur der Minderheit mit all ihren Schwächen, mit all ihrer Herabsetzung aller produktiven Kräfte. Das bewußt uns das Beispiel Russlands, wo zu den Verfolgten und Bedrückten die Sozialisten zählen, die Martow und Dan. Sie geldern gerade so zu den Opfern der Gewalt wie das Proletariat. Eine Einigung ist aber auch notwendig zum Aufbau des Rätesystems. Wie soll sich eine Herrschaft der Räte halten, ohne den übereinstimmenden Willen des großen Teils des Proletariats? (Sehr richtig) Die Einigungsfrage ist fallig gestellt, wenn man sie aufjagt als Einigung mit den rechtslogischen Führern. Es gibt das Bild des Bauern, der trotz seiner andauernden Treue Teile im Erdreich mürben und macht hieran die gleiche Würzigkeit des ganzen Proletariats anschaulich. Verzeihen wir nicht, daß haben und brauchen nicht schuldig worden ist, während und nach dem Kriege nicht das Erkenntnis, daß die Einigung von unten auf erfolgen muß, haben wir auch zu, mit Scheidemann gesprochen zu haben, und zwar in der Schweiz auf Scheidemanns Wunsch und dann im Reichstag, Redner verweist sich gegen den Vorwurf Curt Geyers, daß seine Berufung in den

# Der Parteitag in Leipzig.

## Die Programmdebatte.

Der Entwurf zu einem Aktionsprogramm für die Partei ist in der Mittwochsitzung des Parteitages nach lebhafter Debatte einer Redaktionskommission überwiesen worden. Es ist nicht zu erwarten, daß sie noch wesentliche Veränderungen vornehmen wird. Gewiß aber ist schon jetzt, noch bevor darüber abgestimmt wurde, daß das Aktionsprogramm die einmütige Zustimmung des Parteitages finden wird. In der Grundauffassung besteht wohl Einigkeit. Die unabhängige Sozialdemokratie muß die Bannerträgerin des revolutionären Sozialismus sein, sie muß die Massen sammeln auf dem Boden des Klassenkampfes, die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse mit dem Mittel und auf der Grundlage des revolutionären Rätesystems umwälzen. Man darf nicht sagen, daß das Programm wie das vom März ein Kompromiß darstelle. Im Gegenteil. Unverhüllt und ohne Deutungsmöglichkeit stellt es unsere Forderungen auf, zugleich aber besagt es, daß alle Kampfmittel zur Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft angewendet werden müssen.

So mußte die Aussprache über diesen Punkt, die den ganzen Tag in Anspruch nahm, mehr einen rückschauenden Charakter tragen, als einen Kampf um die verschiedenen Auffassungen führen. Es sind auch harte Worte gefallen und manche persönliche Gereiztheit hat sich entladen. Aber ohne Roll wurde doch volle Uebereinstimmung erzielt. Um sie zu erreichen, mußte sowohl von rechts wie von links manches von dem preisgegeben werden, was früher vertreten worden war.

War diese Debatte unnötig? Keineswegs. Denn einmal zeigte man der Welt, daß unsere Partei nicht daran denkt, sich zu spalten oder gar aufzulösen, was von manchen Rechtssozialisten prophezeit worden war. Im Gegenteil, sie hat ihre Klassen geprüft, sie hat sie geschärft, und sie wird einmütig den Beschluß befunden, sich dieser Waffe mit aller Entschiedenheit zu bedienen.

### 3. Verhandlungstag.

Die Neben der Genossen Däumig und Segers, die wir bereits in kurzem Auszug im Abendblatt vom Mittwoch wiedergaben, bringen wir ihrer Bedeutung wegen noch einmal ausführlicher zum Abdruck.

Dem Beschluß des Parteitages entsprechend erhielt Genosse Däumig als Vertreter der Räteorganisation das Wort. Er führte aus:

Parteilgenossen und -genossinnen! Mit Freuden möchte ich feststellen, daß zwischen den trefflichen Ausführungen, die wir gestern aus dem Munde des Gen. Erbsiens gehört haben, und meiner und meiner Freunde Auffassung volle Uebereinstimmung besteht. Ich möchte daher nicht als Korrekturen gelten, sondern lediglich einige Momente ausführlicher behandeln.

Wenn es jemals eine Tagung der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft gegeben hat, in der über alle wichtigen Fragen volle Klarheit geschaffen werden muß, so fällt diesem Parteitag diese Aufgabe zu. Wir haben in der Unabhängigen Partei so manche Tradition der alten Partei mit hinübergenommen, die wir endlich über Bord werfen müssen. Da zum Aufbruch der Weltkatastrophe haben unter dem Dache des wissenschaftlichen Sozialismus Reformismus und revolutionärer Sozialismus nebeneinander gewohnt. Es geht jetzt überall eine scharfe organisatorische Spaltung zwischen den reformistischen und revolutionären Sozialisten vor sich. Ich erkläre die historische Situation dieses Parteitages darin, daß er feststellt, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei eine

#### revolutionäre Partei ohne Einschränkung

ist. Diese revolutionäre Auffassung müssen wir auch auf die internationalen Fragen erstrecken. Ich brauche in diesen Kreisen nicht zu wiederholen, daß wir revolutionären Sozialismus nicht im Gegensatz- und Handgranatenstimmung verstehen. Ich und meine Freunde verstehen unter revolutionärem Sozialismus die historische Aufgabe, den Sozialismus in nächster Gegenwart zur Tat werden zu lassen. Ökonomisch, kulturell, auf allen Gebieten wollen wir die revolutionäre Weltanschauung dem Proletariat näher bringen. Ich verlange also vom Parteitag ein lautes Verbleiben zum revolutionären Sozialismus. (Beifall)

Mit bewusster Einseitigkeit haben meine Freunde und ich das Rätesystem im vergangenen Jahre in den Vordergrund gestellt, selbst auf die Gefahr hin, alle festgelegten Grenzen der alten Organisation zu überschreiten, weil ich und meine Freunde mit der Ueberzeugung sind, daß wir, kaum ein Wort so wenig prädestiniert gewesen ist zur Revolution, wie die deutsche Arbeiterschaft. Es ergab sich aus selbst das Rätesystem, um die deutsche Arbeiterschaft für ihre historische Situation reif zu machen. Ganz vergeblich ist unsere Arbeit nicht gewesen, das beweist der Beifall, der gestern

Erbsiens gezeigt wurde. Wir sind der Uebergang, daß wir nach diesem Weltkriege in eine

#### Epoche der Weltrevolution

eingetreten sind. Für uns ist die Weltrevolution allgemein und die Sozialrevolution, in der wir in Deutschland leben, keine Sache, die man macht, sondern eine unerbittliche Notwendigkeit, die aus den ökonomischen, politischen und allgemeinen Tatsachen entspringt. Däumig greift den Genossen Erbsien an, der den linksstehenden Genossen vorwirft, daß diese die Weltrevolution machen wollen.

Die Jahrgeschichte organisatorische Schulung der deutschen Arbeiterschaft haben wir nutzbar gemacht für das Rätesystem, um das Proletariat für seine revolutionäre Aufgabe reif zu machen. Genau so wie vor dem Kriege die deutsche Sozialdemokratie eine geistige Vormachtstellung einnahm, so erwartet man auch heute im Ausland, daß die deutschen Arbeiter in der Frage des Rätesystems führend vorangehen. Däumig schildert die opportunistischen Traditionen der Partei, die zum Zusammenbruch 1914 geführt haben, und legt die Notwendigkeit dar, eine wirklich revolutionäre Politik zu treiben, die nicht gehemmt wird vom Opportunismus.

Ich schließe mich den Ausführungen des Genossen Erbsien über die bürgerliche Demokratie und den Parlamentarismus vollständig an. Wir wollen mit dem Rätesystem die politische Macht erringen. Es ist dazu nötig, daß das Rätesystem sich auseinandersetzt mit den alten Klassenkampforganisationen. Wir wollen in aller Ruhe und Klarheit die einzelnen Organisationsfragen gegeneinander abwägen und miteinander in Einklang bringen. Wir sind nicht solche Harnnaren, daß wir glauben, die Partei könnte durch das Rätesystem hinweggeföhrt werden. Aber wir verlangen von einer revolutionären Partei, daß sie mit den Räten den revolutionären Endkampf aufnimmt. Ich wünsche nichts sehnlicher, als daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei die Führerin wird.

Ich weiß auch, daß die soziale Revolution sich nicht eines schönen Tages als ein dramatisches Ereignis vollzieht, sondern daß sie im zähen Fluss sich bewegt. Aber der Endkampf kann nur geführt werden mit einem Kampfmittel, das über die Grenzen der politischen Partei und der Berufsorganisation hinausgeht. Das Parlament kommt für uns deshalb nicht als ausschlaggebendes Kampfmittel in Frage. Die Woche des deutschen Arbeiters ist erfüllt mit parlamentarischen Traditionen, deshalb ist es nötig, die deutsche Arbeiterschaft aufzuklären über die untergeordnete Bedeutung des Parlaments im revolutionären Kampf. Aber da das Parlament noch ein realer Faktor ist, so entsteht die Frage, wie benutzt man das Parlament, um die revolutionäre Situation weiter zu treiben. Die Wahlen müssen im revolutionären Sinne ausgenutzt werden. Unsere Vertreter im Parlament dürfen nicht ihren Körper darin setzen, politische Arbeit zu leisten, sondern müssen den Segnern die Masse vom Geist reißen. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich mir eine revolutionäre Situation vorstellen kann, wo das Hinangehen aus den Parlamenten wichtiger ist und wertvoller als das Drinbleiben. Das sind tatsächliche Fragen, die von der Situation abhängen. Den Parlamentarismus an sich zu verworfen ist den Vertretern des Rätesystems nicht eingefallen. (Stark Beifall)

#### Die Beziehungen der Räte zu den Gewerkschaften

haben wir immer so aufgefaßt, daß die Gewerkschaften revolutioniert werden müssen.

Bei der engen Durchdringung wirtschaftlicher und politischer Motive ergab die Auffassung von den Gewerkschaften der Vorkriegszeit eine völlige Umwälzung. Es wäre verfehlt, wollte man angesichts der 6 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder die Parole: „Daraus aus den Gewerkschaften!“ unter die Masse werfen. Die Revolutionierung der Gewerkschaften sehen wir weiter darin, daß die alte Berufsorganisation nicht mehr anerkannt, sondern daß die Industriearbeiterband die gegebene Organisationsform ist. Wo liegen da die sozialistischen Tendenzen? Es ist bis heute noch keine Klarheit in unserer Partei, zu welchem Rätesystem man sich bekennt: zu dem Betriebsrätesystem der Regierung, das die Vorstufe zu den Arbeitsgemeinschaften darstellt, oder dem revolutionären Rätesystem. Wir müssen uns die revolutionäre Situation des letzten Jahres genau ansehen. Politisch wird sie beherrscht von der Reaktion, ökonomisch und sozial bleibt sie ein

#### Weiterstreben der sozialen Revolution.

Diese müssen wir bewußt weiter treiben, und das ist die Aufgabe einer revolutionären Partei. Wir stehen mitten drin in der Weltrevolution. Unsere Aufgabe ist es, unsere Bestimmung zu erfüllen. (Beifall, anhaltender Beifall und Handclatschen)

Segers-Leipzig erklärt sich mit dem Vorschlag Erbsiens zur Umarbeitung des theoretischen Teils des Aktionsprogramms einverstanden, hält dasfaßte auch für den praktischen Teil für notwendig. Das Erbsiens Programm, ja, sogar das kommunistische Manifest, werden solange Bestand haben, als der Kapitalismus besteht. Solche Programme sind tief ins Bewußtsein der Masse gedrungen. Ich vermisste in Erbsiens Ausführungen die Erfahrungen, die seit der Revolution in politischen Fragen gemacht wurden. Es hätte mit aller Deutlichkeit gesagt werden müssen, daß auch an Genossen, die im Rätesystem und im Antiparlamentarismus nicht das Ziel beheimlicht haben, sich die revolutionäre Uebergangung abgesprochen wird. Mit den Tatsachen ist zu rechnen. Auch unsere Politik muß die Politik des Möglichen sein. (Beif. Widerspruch)











# Der Matrosenmord vor Gericht.

## Die Urheber des Blutbades.

Der erste Verhandlungstag gegen den Oberleutnant Marloh hat das klare Ergebnis gezeigt, daß die Ermordung der Matrosen in der Französischen Straße ein überlegter Mordanschlag war. Es trübte sich keinerlei Beweise erbringen, daß die Matrosen böswillige Absichten gegen die Regierung hegten, sondern nur zu dem Zweck in der Kasernenverwaltung erschienen, um dort ihre Löhnung zu empfangen. Wieso trotzdem die grausige Blutspur an unschuldigen Menschen verübt werden konnte, darüber hat Marloh selbst die beste Antwort, als er behauptete, die Matrosen seien samt und sonders Verbrecher, Meuterey und Geistesverleher, von seinen Vorgesetzten sei dies täglich klar hervorgehoben worden, und eigentlich hätten schon längst die meisten von ihnen an die Wand gestellt werden müssen.

Der Hof, der in der reaktionären Presse seit Monaten systematisch gegen die Matrosen gelutet wurde, weil sie die ersten Sturmtruppen der Novemberrevolution waren, hat seine Früchte getragen. Die Offiziere wollten daran, ihn zu haben, und sie haben dies mit aller Gründlichkeit und mit allem Vorbedacht getan. Auch Marloh war von diesem Geist der Rache erfüllt. Das steht bei diesem unheilvollen Vertreter des alten Militarismus ganz außer Zweifel. Reinhard der eigentliche Anführer für dieses Verbrechen war, wofür ebenfalls bündige Beweise vorgebracht worden sind.

Daneben ergab sich aus der Verhandlung die wertvolle Tatsache, daß die Matrosen am 11. November in eine regelrechte Falle gelockt wurden. Der Hauptmann Rospalschewitz, im März Nachrichtenoffizier beim Hauptquartier, jetzt dem Stabe Rotes angeheft, sagte als Zeuge aus, daß damals bei Lütthow Nachrichten eingehend seien, aus denen hervorgegangen wäre, daß sich die aufgelöste Matrosendivision neu versammeln wollte, um auf die Regierung zu kämpfen. Auch die Zukunftsplanung in der Französischen Straße hätte diesen regimentsfeindlichen Zwecken dienen sollen. Lütthow gab diese Meldung an Reinhard weiter, und dieser erließ darauf am 10. März folgenden Befehl:

1. Am 11. März 1918, ab 8 Uhr vormittags, findet Französischer Straße 22 durch die Kasernenverwaltung der Republikanischen Soldaten-Abteilung 2. Bataillon der Mitglieder der Volks-Marine-Division statt.

2. Die Freiwilligen-Abteilung Reinhard trägt Sorge, daß bei jeder Gelegenheit möglichst viele Mitglieder der Volks-Marine-Division verhaftet werden.

Während also beim Korps Lütthow mit einer Verhaftung gerechnet wird, steht die Brigade Reinhard die Zusammenkunft ganz richtig als das an, was sie war: ein harmloser Abhörungsbau. Sonderbarerweise sollte Matrosen ausdrücklich verboten werden. Sonderbarerweise sollte am 10. März beim Korps Lütthow eine Besprechung über diesen Abhörungsbau stattfinden. Der Kommandeur der Republikanischen Soldatenwehr, dem die Matrosendivision unterstellt war, Herr Max Müller, hatte bereits eine schriftliche Zulage dafür erhalten. Aber die Besprechung wird plötzlich verschoben auf den

11. März, und inzwischen konnte das abscheuliche Verbrechen ungehindert ausgeführt werden. Die Absicht oder Zufall vor? Das Gericht bewies einen starken Mangel an Neugierde und verließ sich nicht weiter in dieses bedeutsame Ereignis.

Die Matrosen waren Freiwillige! Die Scharzen, die regelrechte Streifen zur Erbschließung dieser verhafteten Revolutionen unternahm, hatten sich neben dem Stabschefbefehl, der die Ermordung dieser befahl, die mit der Waffe in der Hand kämpfend gegen Regierungstruppen angetroffen wurden, noch folgenden Freibrief für ihre Mordaktion von Rotes erwirkt:

Die Volks-Marine-Division ist aufgelöst. Jeder frühere Angehörige der Volks-Marine-Division, der noch mit der Waffe in der Hand betroffen wird, wird nach Kriegsgesetz behandelt.

Hiernach war also der bloße Besitz einer Waffe ausreichend, um Matrosen an die Mauer zu stellen. Hunderte schuldloser Opfer hat dieser entsetzliche Befehl gefordert. Aber was kümmerte dies einen Rotes, der nicht einmal, nach der Aussage des Stadtkommandanten Klawunde, mit der Wimper zuckte, als ihn dieser am Abend des 11. März von dem Verbrechen in Kenntnis setzte, der es nicht einmal für wert hielt, sich nähere Auskunft über diese Unthat eingeholen, geschweige denn gar, daß er eine sofortige strenge Untersuchung einleitete, um den Mord zu sühnen.

Der erste Verhandlungstag war für das System Rotes, war für den gesamten Militarismus ein schwerer Schlag. Neben Marloh saßen Reinhard und Kessel, unsichtbar freilich, auf der Anklagebank. Und Zumbroich und Weismann, der Altendiebstaß, die gefältesten Latberichte und Urkunden, die besohlene Blutschuld „im vaterländischen Interesse“... man lese den Verhandlungsbericht, der nicht nur und jedoch ein Bild der Korruption entrollt, das sich würdig jenem Wilde anreißt, welches der Diebsteck-Duzenburg-Prozess an den Tag gebracht hat.

### Erster Verhandlungstag.

Vor dem Kriegsgericht III. Reichshofstrasse begann am Mittwoch der Prozess gegen den Oberleutnant Otto Marloh, der beschuldigt wird, am 11. März d. J. 30 Matrosen von der Volks-Marine-Division gelockt zu haben. Die Verhandlung findet im Schwurgerichtssaal des Landgerichts III in der Lützowstraße statt.

Den Vorsitz führt Kriegsrichteramt Zell, das Gericht setzt sich zusammen aus folgenden Richtern: Kriegsrichteramt Seiffert, Kriegsrichteramt Bed, Sergeant Adler und Gefreiter Weigelt. Die Anklage wird von Kriegsrichteramt Dr. Reyer vertreten, als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Fritz Grünspach und Ritsch.

### Die Anklage.

Der Angeklagte wird beschuldigt, durch drei Handlungen I. am 11. März 1918 vorsätzlich Menschen getötet, die Tötung aber nicht mit Hebellegung ausgeführt und durch dieselbe Handlung durch Mißbrauch seiner Dienststellung einen Untergang von einer kriegswichtigen Handlung und zu einem wesentlichen Waffengebrauch angeordnet zu haben, indem er dem Offizierskandidaten Penther den Befehl gab, 30 Angehörige der Volks-

marine-Division zu erschließen, obwohl die Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Waffengebrauchs nicht vorliegen;

2. am 2. Juni von seiner Truppe sich eigenmächtig entfernt zu haben und ferngeblieben zu sein, bis er am 1. September auf der Reise von Reersburg bei Lieberlingen am Bodensee nach dem Oben in Leipzig festgenommen wurde;

3. am 2. Juni in Berlin durch eine fortgesetzte Handlung gemeinschaftlich mit anderen Personen Formulare zu einem Kriegstranglistenauszug, einem Kollisionsprotokoll und einem anderen Ausweis, nachdem sie mit den gefältesten Namen „Klocher“, „Brosmer“, „v. Schwinow“ unterzeichnet waren, auf den Namen „Hauptmann a. D. Raetger“ ausfüllte, mit dem Namen des 4. Garde-Regiments a. S. versah, die Urkunden bei seiner Flucht mitnahm und sie am 16. Juni in Reersburg auf dem Bürgermeistertum und in Lieberlingen auf dem Bezirksamt zwecks Erlangung der Ausreisepässe vorlegte.

### Die Vernehmung.

In seiner Vernehmung zur Person macht der Angeklagte folgende Angaben: Er ist am 1. August 1893 als Sohn des Studienrats Ernst Marloh geboren und in Hildesheim erzogen worden; er hat im Februar 1912 das Abiturientenexamen bestanden, trat dann als Hauptmann bei dem Inf.-Regt. 77 ein, wurde im Oktober 1912 händisch und am 16. Juni 1913 Leutnant. Der Angeklagte ging dann als Zugführer im Regiment 77 ins Feld. Er wurde wiederholt zum Teil sehr schwer verwundet, meldete sich aber immer wieder freiwillig ins Feld. Am 4. Oktober 1917 verlor er durch Granatschuß den rechten Unterarm und geriet in englische Gefangenschaft, aus der er am 1. März 1918 ausgetauscht wurde. Er hat im Kriege 20 Wunden davongetragen. Nach der Revolution kam er nach Berlin und hielt es für seine Pflicht als Offizier, sich der Regierung zur Verfügung zu stellen. Am 6. März erklärte sich die Volksmarine-Division gegen die Regierung und fiel ihr direkt in den Rücken. Unter den Truppen entstand deshalb eine heftige Erregung, gegen die Mitglieder der V. M. D. um so mehr, da bekannt wurde, daß die Leute der V. M. D. wiederholt die Regierungstruppen schwer mißhandelt hätten. Es wurde allgemein bemerkt, daß die Vorgesetzten, welche beim Völkern getroffen worden, nicht sofort an die Wand gestellt werden konnten. — Vorsitz: Wussten Sie, daß sich auch gute Elemente unter der V. M. D. befanden? Angekl.: Nein, das war niemand bekannt. Die Matrosen wurden sämtlich für Verbrecher gehalten. Von meinen Vorgesetzten ist wiederholt gesagt worden, daß die Volksmarine-Division sich nur aus Geistesverleher, Anführern, Meuterey und Völkern zusammensetzte.

### Der 11. März.

Der Angeklagte führt dann fort, daß er in der Zeitung gelesen habe, daß die V. M. D. aufgelöst sei und daß, wer sich Waffen besitze, verhaftet werden sollte, sofort erschossen werden sollte. Außerdem lagen die Sicherheitsklasse Postes und die Befehle der Garde-Kavallerie-Schützen-Division vor. — Der Vorsitzende verliest die einschlägigen Befehle und Erlasse, darunter auch den Befehl, nach dem am 11. März in der Französischen Straße 22 zum Abhörungsbau erscheinende Mitglieder der V. M. D. festzunehmen seien. Zum Führer des Unternehmens wurde der Angeklagte befohlen. — Vorsitz: Wussten Sie noch sonstige Anordnungen? — Angekl.: Ich hatte einen von Oberst Reinhardt selbst geschriebenen Ausweis mitgeführt. — Vorsitz: Grünspach macht darauf aufmerksam, daß der Angeklagte auch einen Befehl des Oberleutnants Kessel befohlen. — Angekl.: Mir war gesagt worden, daß es sich um eine Verhaftung der V. M. D. handele. Nach dem Ausweis des Oberst Reinhardt sollten die Leute nach Reersburg gebracht werden. Ich habe an die mit unterstellten etwa 60 Leute Instruktionen gegeben, die sich stützen auf die Befehle der Volksmarine-Division gegen die Regierung, die Waffen bei sich tragen und daß nach dem Befehl der, der plünder, an die Wand gestellt werden sollte. Ich habe damit den Leuten zeigen wollen, daß es ernst sei, denn die Truppen waren doch nicht ganz von der Art der früheren Truppen. — Vorsitz: Wie verhielt sich Sie über die Frage, ob der Befehl gegen den, der „plünder“ oder den, der „geplündert hat“, richtete, und noch später unterhalten müssen.

# Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Nach dem Manuskript übertragen von Germania zur Mähen.

Was über Jimmie Higgins am charakteristischsten und lebhaftesten erschien, war, daß diese wichtigen Enthüllungen von der kapitalistischen Presse Amerikas nicht unterdrückt wurden. Sie brachte eine kurze Notiz: Die Volksbewegung behauptete, daß dies Geheimverträge seien, doch behauptete die gerichtliche Justiz über deren Echtheit. Auswärtige, führende Diplomaten wurden verurteilt, dann ward die ganze Sache totgeschwiegen! Kein Wort mehr über die Geheimverträge, mit Ausnahme von ein oder zwei amerikanischen Zeitungen, die eine alte ehrenvolle Tradition aufrechtzuerhalten hatten: einzig und allein die sozialistische Presse brachte den ganzen Text dieser Enthüllungen. „Was haltet ihr jetzt von unseren herrlichen Werten?“ Das Jimmie Higgins den Arbeitern in der Fabrik zu. „Was haltet ihr von unserer Surenpresse?“ „Wussten nicht jeder Arbeiter, dem derartige Tatsachen vorgelesen wurden, einsehen, daß Jimmie Higgins im Recht sei und daß er trotz seiner Einfachheit und Beschränktheit in der Welt etwas Großes zu leisten habe?“

### II.

Jimmie befand sich im siebenten Himmel, er schritt gleichsam auf Wolken dahin, endlich eine proletarische Regierung, die erste in der Geschichte! Eine Regierung, die sich nicht aus Arbeitern gleich ihm, die selbst die Verwaltung des Landes in der Hand hatten, ohne Politiker und Bankiers regierten. Und diese Proletarier treten vor die ganze Welt hin und reden die Wahrheit über Sozialismus aus, in einer Sprache, die der gesamte Mann zu verstehen vermag! Das Meer wird aufgehört, der Arbeiter zu verschlingen. Die Herren werden aus den Fabriken vertrieben, Arbeiterkräfte an ihre Stelle gesetzt. Der kriegswichtigen sozialistischen Presse werden die Annoncen entzogen, und sie wird dadurch unangenehm! Unser kleiner Freund rannete bereits frühmorgens zum Zeitungskiosk an der Straßenecke, um die Zeitung zu kaufen und das Neue zu erfahren; meist eilte er dann lesend die Straße entlang, viel zu aufgeregt und verärgert, um an sein Frühstück zu denken!

Jimmie trat in Fronten eine neue Bekanntheit gewinnend; der kleine Schneider Rebin, dessen Vorname Scholten lautete, was Frieden bedeutete, hatte ihn einen Empfehlungsbrief an seinen Bruder gegeben, der Cheyruß, Freiheitlich. Sobald am Nachmittag die Arbeitseile in der

Fabrik zu Ende war, kaufte Jimmie eine Abendzeitung und streifte Cheyruß Schneiderladen zu, wo sich dann die beiden in die Nachrichten vertieften. „Bei Gott, hören Sie zu!“ „Geben Sie je so etwas erwartet!“ Der Roman für die amerikanische Arbeiterbewegung ist ein marxistischer Jude, der selber der Redakteur am „Redij Mir“ war, der revolutionären Zeitung, die Ihr Bruder Scholten hielt! Er ist im „Baldort-Mittoria-Gesetz“ Kellner gewesen, und jetzt vertritt er die Arbeiterbewegung, erklärt Montfeste an das internationale Proletariat!

Natürlich war die amerikanische Kapitalistenpresse mit Wut über die neue Revolution angefüllt, doch vermochte Jimmie zwischen den Zeilen zu lesen, und die spärlichen sozialistischen Blätter, die noch erscheinen durften, belehrten ihn über alles. Alles, was die Volksbewegung tonen, hielt Jimmie für Recht, wurde ihnen ein Unrecht nachgewiesen, was dies eine Woge. Der kleine Rebin wußte, daß die Volksbewegung die vier-Millionen-Dollar-Anleihe, welche die Regierung des Jaren in Frankreich gemacht hatte, nicht anerkannt, und Jimmie wußte auch, welche ungeheure Rückkraft in vier Millionen Dollars stecken konnten.

Die amerikanischen Zeitungen waren empört, weil die russischen Sozialisten die Sache der Demokratie im Stich ließen und dadurch Deutschlands Sieg ermöglichten. Die amerikanische Presse nannte sie „deutsche Agenten“, doch machte dies auf Jimmie nicht den geringsten Eindruck, er kannte diese Bezeichnung, die auch auf die Arbeiter Amerikas angewendet wurde, allzu gut. Die erste Handlung der Volksbewegung war ein Aufruf an das revolutionäre Proletariat Deutschlands. Das russische Proletariat bot den Weg gezeigt, möge das deutsche ihm nachfolgen! Flugblätter wurden gedruckt, in Massen nach Deutschland geschickt, von Postkoffern ins deutsche Meer geworfen und als Jimmie und Cheyruß saßen, wie die deutschen Generale dagegen bei den Russen Protest einlegten, luden sie ihn auf vor Entwürfen. Es war begreiflich, daß die Kriegsherren vor Angst wankten, sie wußten, was ihrer wart. Und als die beiden Freunde dann im Januar kamen, daß eine deutsche Brigade gemustert habe und eilte laufend Arbeiter in Deutschland streifen, vernünftigen sie, das Erste sei gekommen. Der kleine Schneider erhob sich bei der nächsten Demonstration und rief vor, die Drogenhändler sollten sich von nun an Volkswirtschaft nennen; die Revolution wurde unter Beschallsgruß angenommen. Und dann begannen die amerikanischen Volksbewegung Unterhandlungen mit den Sozialisten und forderten nach russischem Muster in den Fabriken Arbeitere.

### III.

Doch ward plötzlich an der Revolutionen eine Schwäche feler. Die deutschen revolutionären Führer democh-

ten sich der Streikführer, warfen sie ins Gefängnis und schickten sie in die Feuerlinie, um sich ihrer zu entledigen. Durch ein schlaues Gemisch von Schmeichelei und Terrorismus zogen sie den Streik nieder und trieben die murrenden Sklaven in die Treibmühle zurück. Und dann marschierte das deutsche Heer in Rußland vor!

Auf diese Krise wartete Jimmie Higgins seit Kriegsausbruch. Lottol hatte gelehrt, wenn eine Nation sich zu kämpfen weigere, so werde es von anderen Nationen unmöglich, in deren Hand einzubringen, und obwohl Jimmie Higgins kein Russe, kein Anhänger des religiösen „dem Uebel nicht Widerstand leisten“ war, so hatte er dennoch die Ansicht des großen Russen. Es gibt keinen einzigen Arbeiter im feindlichen Heere, der sich zwingen ließe, auf seine den Frieden verkündenden Brüder zu schießen!

Hier nun wurde dieser Versuch auf die Probe gestellt: deutschen Sozialisten wird befohlen, gegen russische Sozialisten zu marschieren, auf die rote Fahne zu fernal! Werden sie den Befehlen ihrer Herren, der Kriegsherren, gehorchen? Oder werden sie, den lauten Ruf und Anforderungen des internationalen Proletariats Gehör schenken und die Waffen gegen die eigenen Offiziere wenden?

Und die ganze Welt sah, was geschah. Die herrliche revolutionäre Maschine, auf die Jimmie Higgins sein ganzes Vertrauen gesetzt hatte, fiel in einen Groben und warf ihre Insassen in den Not. Die deutsche Armee ging vor, die deutschen Sozialisten hielten genau das Feste, was die Nichtsozialisten taten — sie fetterten auf die rote Fahne, wie sie auf die parisische Fahne gefeuert hätten, sie gehorchten als wahre, lokale Deutsche den Befehlen ihrer Offiziere, trieben die aufgelösten Reihen der Volksbewegung vor sich her, eroberten Munition und Proviant, zerstörten Städte, führten russische Frauen und Kinder in die Gefangenschaft ab, als handelte es sich um belgische und französische Frauen und Kinder, die vom deutschen Volk als legitime Kulturbeute vorherbestimmt waren. Riga und Rewal wurden geplündert (mit Ausnahme des Besitzes der baltischen Barone), Rurland, Livland und Estland erobert. Das Heer drang in Rußlands Kornkammer, die Ukraine, ein, deutsche Schiffe landeten in Finnland, deutsche Truppen verübten das finnische Volk seiner Freiheit. Des Kaisers Heer stand vor Petrograd, und die Bolschewik-Regierung war gezwungen, nach Moskau zu fliehen. Und Deutschlands sozialistische Zeitungen meldeten fast aufnahmslos diese Ereignisse im Ton stolzer Freude.

Fortsetzung folgt.



Auf welche Fragen des Vorstehenden erwidert er: Der Angeklagte, der am 10. März 1848 mit dem Hauptmann...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

### 300 Matrosen gefangen

Letzte Sie teilten zum Teil sehr besorgten...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

„Mit Scham und Wohlgefallen kommt man nicht weiter; es muß energischer durchgegriffen werden.“

Dieser Befehl wurde mir im Auftrage des Oberst...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

### auf der Straße sich viele Menschen ansammelten.

Die augenscheinlich eine feindselige Haltung...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

### Die Mordektion.

Vorj.: Erzählen Sie uns nun einmal, wie die...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

den Offizieren...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

„Nun, wollen Sie meinen Befehl zum...“

— Angekl.: Das wird eine Verwicklung...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

### Infolge der hohen Entfernung eine fürchterliche.

Wieder wurden die Schiffe...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

### „Hier herrscht Stillschrei!“

— Angekl.: Ich war doch nicht verpflichtet...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

### Zumbroich, Weismann und Kessel.

Vorj.: Nach der Vernehmung...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

### als Kamerad oder Freund und Jurist im Hintergrunde.

— Vorj.: Sie sollen im Hinblick...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

Es folgt noch eine große Reihe...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

### Die Flucht im Staatsinteresse.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

betragt, allerdings mit einem...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

### den Pfarrer Rump.

Ich habe in jener Zeit die...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

### Stadtbefehl eine Vernehmung von 3000 M.

ausgesetzt gewesen; v. Kessel...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

### Die gestohlenen Ähren.

H. A. Grünspach: Der Angeklagte...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

### Die Jugendvernehmung.

Es wird nunmehr mit der...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

beim Generalkommando des...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...

bei welcher die Proce der...  
Vorj.: Die Sache ist sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...  
Vorj.: Sie haben die Sache sehr wichtig...



Der Junge Max Müller, früher Kommandeur der...

Der Kommandant, lassen Sie uns, wie sollen alle erschaffen...

Auf der Treppe sei ihm Marius entgegengetreten, er habe...

Preussische Landesversammlung.

Wieder wurde mit der zweiten Lesung des Haus...

Der Eintritt in die Stadtkasse wurden im Zusammenh...

Die Preussische Landesversammlung hat sich mit einer...

hervorgehoben, was uns erst, nicht was uns...

Der heutige Volkswirtschaftler Dr. Posilly begründete...

Der Rentmeister Laurier, der nun zum zweiten...

Unser Redner wird heute als Erster zu Wort kommen...

Gewerkschaftliches.

Eine Arbeiterversammlung sämtlicher Angestellten...

H. E. G. Hennrich, sämtliche, nach außenstehende...

Einigkeit, Hauptwerk. Rückständige Streckunterstützung...

Groß-Berlin.

Der Deutsche Städtetag zum Elektrifizierungsge...

Der Hauptausgang des Deutschen Städtetages, zu dem...

Der Deutsche Städtetag erhebt entschieden Einspruch...

Die Ordnung der Elektrizitätswirtschaft, welche die...

Es muß gefordert werden, daß die dem öffentlichen...

Es muß ferner gefordert werden, daß verteilungsfähige...

Ueber die Stellung des Ausfühlers zur Finanzverwaltung...

Die Kostfrage der Militärärzte.

Die Krankenhausassistenten Berlins haben sich mit einer...

Bergleitung der Form- und Kostfrage, Aufbesserung der...

Die „Freiheit“ im Neuföllner Krankenhaus.

Unserer Kritik des Besuchs der „Freiheit“ im Neuföllner...

Wir nehmen gern davon Kenntnis, daß Herr Professor...

Wir erwarten, daß jeder Versuch einer solchen...

Neue Kosten-Nebenkosten. Der starke Anstieg des...

Lebensmittellieferanten.

Die Stadt Berlin gemäß den Kindern, die in der Zeit...

Aus den Organisationen.

1. 2. und 3. Bezirk. Heute Donnerstagabend 7 1/2 Uhr...

Bereinstellender.

Zentralverband der Angestellten, Nachgruppe 6, Sektion 2...

Freie Jug. Jugend. Gruppe Ost, Ost-Ost, Helldorfer...

Berlinmilitär für die Redaktion Alfred Heilepp...

6000 kleine Schachteln Kola Dulg umsonst.

Sie möchte gern einem jeden, der sich abspannt...

Botenfrauen. Bartsch, Tempelhof, Werdorfer 30. Spickermann, Mühlstraße 20.

Spezial-Behandlung. v. Döschel, H.-I. K.-K. Frauenklinik, spez. vergrößert.

Spezial-Arzt. Dr. med. Lammert. Geschlechts-, Haut-, Frauenk.

Facharzt. Dr. Meyenberg. Geschlechtskrankheiten.

Gerhard, Karlsruher, Wilmersdorf, Hindenburgstr. 34.

Losch, H. oderschönhausen, Kaiserweg 10.

Spiralbohrer. Metall-, Motor- und Holzbohrer.

GENOSSEN beachtet die Inserenten!



